Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.

№ 142. | Freitag den 21. Juni 1929 | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Das Verfahren gegen Hölz wegen Gotteslästerung eingestellt.

Das gegen Max Hölz wegen Gotteslästerung eröffnete Verfahren ist von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe eingestellt worden. Die Aeußerungen von Hölz lauteten: Ein allmächtiger Gott hätte den Krieg verhindern können, ein allgütiger Gott hätte den Krieg verhindern müssen, der Krieg sei aber nicht verhindert worden. Hieraus folgt, daß es einen allmächtigen und allgütigen Gott nicht gäbe; ein solcher Gott, der den Krieg habe verhindern können, aber nicht habe verhindern wollen, wäre der größte Verbrecher. Das Gericht erkannte, dieser Ausspruch müßte zwar als Frivolität empfunden werden, jedoch ergebe sich aus der Gesamtheit der Ausführungen von Hölz in der Kommunistenversammlung eine Verachtung oder Verächtlichmachung gegen Gott nicht ohne weiteres.

Der Vorstand der christlichen Gewerkschaften über die Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 19. Juni. Zur Reform der Arbeitslosenversicherung nahm der Vorstand des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften folgende Entschließung an: Bei dem gegenseitigen Kampf um die Reform der Arbeitslosenversicherung treten in starkem Maße Bestrebungen zutage, die auf eine Gefährdung der Grundlagen der Arbeitslosenversicherung und auf eine ungerechte Benachteiligung der unverschuldet von Arbeitslosigkeit und Not Betroffenen hinauslaufen. Insbesondere gehen auch in letzter Zeit im Reichstag gestellte Anträge über das Ziel einer Beseitigung von Mißständen in der Arbeitslosenversicherung weit hinaus und bedeuten eine untragbare und unmögliche Verschlechterung der Versicherungsleistungen. Die christlichen Gewerkschaften sind bereit, alle Bestrebungen auf Beseitigung von tatsächlichen Mißständen zu unterstützen, sie wenden sich aber nachdrücklich und entschieden gegen Anträge auf Verschlechterung der Versicherungsleistungen, deren Verwirklichung die Not der breiten Volksschichten noch erheblich steigern würden.

Der Tod des Nationalsozialisten Kütemeyer.

Berlin, 19. Juni. In dem Prozeß wegen der Schlägerei, nach der vor einiger Zeit der Nationalsozialist Kütemeyer ertrunken und mit mehreren Kopfverletzungen im Landwehrkanal aufgefunden worden war, verurteilte das Schöffengericht, das sich lediglich mit der Schlägerei zu befassen hatte, die daran beteiligten 5 Arbeiter zu Gefängnisstrafe von 1 bis zu 4 Monaten. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß zu prüfen war, welcher Gruppe von Zeugen, den Bauarbeitern oder den Begleitern Kütemeyers, mehr Glauben zu schenken sei. Das Gericht hat sich für erstere entschieden, zumal durch einen völlig unbeteiligten Zeugen bestätigt wurde, daß die Gruppe Kütemeyers zuerst mit den Arbeitern angebandelt hatte und daß dadurch das Handgemenge heraufbeschworen worden ist.

Die Reform der Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 19. Juni. Bezüglich der Arbeitslosenversicherung ergibt sich innerhalb der Regierungskoalition ein völlig uneinheitliches Bild. Daß die Sozialdemokraten von sich aus jedenfalls gar nichts ändern, sondern nur eine Beitragserhöhung wollen, ist bekannt. Auch das Zentrum hält sich außerordentlich vorsichtig zurück und vermeidet, offenbar unter dem Einfluß seines Gewerkschaftsflügels und des Ministers Stegerwald, selbst bei einer Reform Hand anzulegen. Anders steht es mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei. Beide Fraktionen haben Mittwoch vormittag über die Arbeitslosenversicherung sehr einschneidende Beschlüsse gefaßt. Von den Demokraten wurde zunächst das Bedauern über den Beschluß des Kabinetts wegen der Vertagung ausgesprochen und man befürchtet die Folge, daß die Lage der Arbeitslosenversicherung sich noch weiter verschlechtern wird. Es wird von den Demokraten für unbedingt erforderlich gehalten, daß die Abstellung der Mißstände und die Regelung der Saisonarbeiterfürsorge noch vor dem Auseinandergehen des Reichstags vorgenommen werden. Die demokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt, entsprechende Anträge einzubringen, die ohne Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung die erforderlichen Mittel zuführen wollen. Bei der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben sich die Beratungen zu einem Antrag bereits verdichtet. Dieser Antrag will aus der Versicherungspflicht alle diejenigen ausscheiden, bei denen man von einem tarifmäßigen ständigen Arbeitsverhältnis nicht sprechen kann oder bei denen die Kontrolle des Beschäftigungsverhältnisses unmöglich ist. Demnach sollen versicherungsfrei werden u. a. Arbeitnehmer, deren regelmäßiges Arbeitseinkommen den Betrag von zehn Mark wöchentlich nicht erreicht, weiter unter 18 Jahre alte, bis zu 50 Prozent Erwerbsbeschränkte und die Heimarbeiter, ferner diejenigen, die selbständig tätig sind oder von der Familie unterhalten werden. Weiter soll der Verwaltungsrat der Reichsanstalt das Recht erhalten, in besonderen Wiederholungsfällen die Sperrfrist auf 8 Wochen zu verlängern oder die Unterstützung dauernd zu entziehen. Der Antrag sieht ferner vor, daß für die Unterstützung der Durchschnitt der letzten 6 Monate zugrundegelegt wird und fordert, daß die Unterstützung 70 Prozent des für den Wohnort des Arbeitslosen maßgebenden Tariflohns nicht übersteigen soll. Der wichtigste Gedanke des Antrags ist in dem neu beantragten § 107a niedergelegt. Er besagt, daß die volle Unterstützung nur der Versicherte erhält, der mindestens 52 Beitragswochen nachweist. Sind weniger als 52, aber mehr als 39 Beitragswochen nachgewiesen, so werden die Unterstützungssätze um 25 Prozent, sind weniger als 39 Wochen nachgewiesen, so werden die Unterstützungssätze um 50 Prozent gekürzt. Mit diesem Antrag sollen auch die Schwierigkeiten der Saisonarbeiterfrage überwunden werden, während auf der anderen Seite vermieden wird, daß, wenn man die Saisonarbeiter ganz aus dem Gesetz herausnimmt, diese den Gemeinden zur Last fallen und den Wohlfahrtshaushalt der Gemeinden belasten. Auf die Saisonarbeiter selbst bezieht sich die Bestimmung, daß die Karenzzeit, die zwischen dem Tage des Eintritts in die Arbeitslosigkeit und des Beginns der Unterstützung liegt, von 7 Tagen auf 3 Wochen erweitert wird. Der Antrag sieht zuletzt vor, daß Arbeitgeber, die bei der Bescheinigung, zu deren Ausstellung sie verpflichtet sind, falsche oder unvollständige Angaben machen, der Reichsanstalt zum Ersatz des etwa entstehenden Schadens verpflichtet sind und außerdem in eine Ordnungsstrafe von 1000 Mark genommen werden können. Die Deutsche Volkspartei ist der Auffassung, daß die durch den Antrag gebrachte Entlastung groß genug ist, um in normalen Verhältnissen eine Beitragserhöhung auszuschließen.

Vorschläge zur Reichsreform.

Der zweite Unterausschuß der Länderkonferenz hat nunmehr auch sein Referat über die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern der Presse vorgelegt. Zwischen die reichseigene Verwaltung und die Eigenverwaltung der Länder schiebt der Staat die Auftragsverwaltung, die aber nach Möglichkeit in eine Form gekleidet wird, daß man wohl von einer „gebundenen Selbstverwaltung" sprechen kann. Immerhin verlangt auch die Auftragsverwaltung die Abschaffung des Parlamentarismus in den Ländern, denn es ist unmöglich, daß eine Landesregierung durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden kann, weil sie einen Auftrag der Reichsregierung ausgeführt hat. Die neuen Vorschläge bedeuten nach den Worten des Reichsministers a. D. Koch-Weser einen ungeheuren Fortschritt, weil sich das Sehnen nach Einheit dadurch erfüllt und eine Rationalisierung der Verwaltung erfolgt, die namentlich auch eine Erleichterung für unsere Wirtschaft bedeutet. Ministerialdirektor Dr. Brecht (Preußen) gab einen Ueberblick über die bisherigen Arbeiten für die Reform des Reiches, die in der Berliner Länderkonferenz im Januar 1928 begannen, und dann im Herbst ein lebhaftes Tempo einnahmen. Technisch werden die Dinge nun so weiter gehen, daß die Unterausschüsse unter dem Vorsitz von Reichsinnenminister Severing am 5. Juli wieder zusammentreten, um zu bestimmen, was mit den Vorschlägen geschehen soll, die in den Referaten niedergelegt sind. Das Ergebnis dieser Verhandlungen geht dann an den Verfassungsausschuß des Reichstags und dann an die Länderkonferenz zurück. Dann werden die zuständigen Instanzen des Reichs die Frage auf den parlamentarischen Weg bringen. Es liegen übrigens auch noch besondere Referate des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und des badischen Ministers des Innern, Dr. Remmele, vor. Er glaubt, daß die Widerstände gegen verschiedene Einzelheiten so groß sein werden, daß die Reichsregierung das gesamte Material zur Grundlage eines eigenen Vorschlags machen muß. Das Referat zählt dann in den eigentlichen Vorschlägen die Gebiete auf, die unbestritten der Reichsverwaltung angehören. Strittig sind vor allem Polizei, die Hoheitsaufsicht über die Gemeinde, die Gewerbe- und die Schulaufsicht. Den Ländern Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden steht es frei, diese Verwaltungszweige in selbständiger Verwaltung oder Auftragsverwaltung zu behalten. Um ein möglichst einheitliches Bild des Reichsgefüges zu erhalten, wird Preußen in Provinzländer, die in ihrem Charakter den heutigen süddeutschen Staaten ähneln sollen, aufgelöst. Die Vorschläge geben dann weiter einen Ueberblick über die Gegenstände der Auftragsverwaltung. Von besonderem Interesse ist dabei der Vorschlag, die zersplitterten Sozialverwaltungen zu vereinheitlichen. Die Reformvorschläge des Zuständigkeitsausschusses werden von der Berliner Rechtspresse als eine Zerschlagung Preußens abgelehnt.

Eine polnische Erklärung zu der Ueberfliegung Beuthens durch ein polnisches Flugzeug.

Beuthen, 19. Juni. Zu der Ueberfliegung Beuthens durch ein polnisches Flugzeug am vergangenen Sonntag wird von dem polnischen Generalkonsulat in Beuthen mitgeteilt, daß ein in Krakau stationierter Pilot, der am Sonntag zum erstenmal auf dem Kattowitzer Flugplatz Dienst tat, den Auftrag erhalten hatte, mit einer der Liga für Luftverteidigung gehörenden Maschine dem Königshütter Stadion einen Besuch abzustatten, wo an diesem Tage leichtathletische Wettkämpfe ausgetragen wurden. Trotzdem der Flieger im Hinblick auf die nahegelegene Grenze zur Vorsicht ermahnt worden war, verirrte er sich und warf in dem Glauben, sich über dem Königshütter Stadion zu befinden, über dem Stadion in Beuthen Propagandazettel für die polnische Liga für Luftverteidigung ab. Der betreffende Pilot ist nach dem Vorfall wieder nach Krakau versetzt worden.

Ausland.

London, 20. Juni. Macdonald wird, wenn die Beziehungen zu Sowjetrußland wieder aufgenommen werden, Kenworthy als Botschafter nach Moskau senden.

London, 20. Juni. Der Washingtoner Korrespondent der „Times" meldet: Es ist sicher, daß Präsident Hoover gegenwärtig nicht wünscht oder beabsichtigt, eine internationale Konferenz für die Frage der Seerüstungen einzuberufen. Auch der Einberufung einer Konferenz durch eine andere Macht scheint er nicht zustimmen zu wollen, zum mindesten solange nicht durch einen Meinungsaustausch zwischen den Regierungen eine Uebereinstimmung der Ansichten festgestellt worden ist, die einen Erfolg sicherstellen würden. Präsident Hoover wünscht vorher die Sicherheit zu haben, daß sich der Genfer Mißerfolg nicht wiederholt.

Magere Ergebnisse in Paris.

Paris, 20. Juni. Uebereinstimmend melden die Pariser Blätter, daß die politische Reparationskonferenz noch im Juli, und zwar voraussichtlich in einem schweizerischen Orte stattfinden werde. Die englischen politischen Kreise halten gleichfalls eine schnelle Erledigung der Restfragen aus dem Zahlungsplan für notwendig, sprechen aber für London als Ort der Konferenz. Das Programm der Konferenz wird folgendermaßen skizziert: Aufhebung der Daweskontrolle, Modalitäten für das Inkrafttreten des Young-Plans, Organisierung der Internationalen Reparationsbank, frühere Rheinlandräumung, Errichtung von Feststellungs- und Schlichtungs-Ausschüssen in der entmilitarisierten Zone.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 21. Juni. Im Schaufenster der C. Meeh'schen Buchhandlung ist für einige Tage der Pokal nebst Urkunde ausgestellt, welchen die Kapelle des Musikvereins unter Leitung von Kapellmeister Herzog beim 7. Bezirksmusikfest in Mühlhausen am 9. Juni mit 87 Punkten als höchste Tagesleistung errang. Der Pokal, 70 Zentimeter hoch, ist eine hochwertige künstlerische Arbeit und gereicht der Kapelle zu besonderer Ehre.

Neuenbürg, 21. Juni. (Sommers Anfang.) Am 21. Juni ist der längste Tag des Jahres. Die Sonne erreicht den nördlichsten Punkt ihrer Jahresbahn, den Wendekreis des Krebses und der kalendarische Sommer nimmt seinen Anfang. Eigentlich stehen wir schon mitten im prächtigsten Sommer drinnen. Heiß und brennend sticht die Sonne vom Himmel und die warmen Temperaturen haben im Zusammenwirken mit der vorangegangenen feuchtwarmen Witterung der letzten Wochen geradezu Wunder in der Natur ausgelöst. Die wogenden Kornfelder stehen in schönster Blüte, das werdende Brot liegt in den Aehren. Der erste Klee- und Grasschnitt hat bereits begonnen und würziger Duft durchzieht die Auen. Für die Kirschenernte sind die Aussichten gut, ebenso für Birnen und Aepfel.

(Wetterbericht.) Infolge des kontinentalen Hochdrucks ist für Samstag und Sonntag Fortsetzung des vorwiegend heiteren aber zu Gewitterstörungen geneigten Wetters zu erwarten.

Birkenfeld, 19. Juni. (Gemeinderatssitzung am 18. Juni.) Auf Grund des öffentlichen Ausschreibens im „Birkenfelder Tageblatt" werden die Arbeiten für die Chaussierung der Dietlingerstraße nebst Herstellung des Kanals daselbst sowie der Kanalisierung der Rathausgasse, ebenso die Herstellung der Gehwege in der Karlstraße und der Baumgartenstraße verschiedenen Unternehmern um ihre Angebote zugeschlagen. — Die Lieferung von etwa 130 lfd. Metern Steinzeugröhren wird der Firma Kling & Trenzsch hier, die Lieferung von 10 Straßensinkkasten der Firma Streicher, Stuttgart und die Lieferung von 5 Wassermessern der Firma Lux in Ludwigshafen um ihre Angebote übertragen. — Das Gesuch der Anwohner der Herrenalberstraße um Instandsetzung dieser Straßenstrecke wird mangels vorhandener Mittel zurückgestellt. — Ein Gesuch um Abdeckung des Bachrausches muß bis zur Fertigstellung des generellen Ortsbauplans für die Bachstraße zurückgestellt werden. — Den bei den Colaserungsarbeiten beschäftigten Gemeindearbeitern werden antragsgemäß ihre Stundenlöhne erhöht. — Von den Berichten über das Ergebnis der Farrenschau nimmt der Gemeinderat Kenntnis und beschließt, 3 schlachtfähige Farren sofort zu verkaufen. — Einige Bürgschaftssachen und kleinere Verwaltungsangelegenheiten bildeten den Schluß der Sitzung.

Herrenalb. (Gemeinderatssitzung am 18. Juni.) Der Haushaltsplan 1928 wird endgültig festgesetzt. Er schließt mit Einnahmen 125 870 R.M., Ausgaben 283 960 R.M. und einem Abmangel von 158 090 R.M. Mit Hilfe des Zuschusses aus dem Ausgleichstock, der Staatsbeiträge zur Lehrerbesoldung, zum Unterhaltungsaufwand für die Etterstrecken der Staatsstraßen und insbesondere des Anfalls an Mehreinnahmen aus Reichssteuerüberweisungen, herrührend aus Steuerverteilungsstreiten, die zu Gunsten der Stadtgemeinde entschieden wurden, läßt sich trotz der bedeutenden Mehraufwendungen für Straßenunterhaltung, für den Schuldendienst, Erhöhung des Amtsschadens usw. ermöglichen, daß der vorläufig beschlossene Umlagesatz von 24 Prozent für 1928 beibehalten werden kann und nicht erhöht werden muß. Der Haushaltplan für 1929 wird vorläufig festgestellt mit Einnahmen 123 370 R.M., Ausgaben 301 715 R.M. und einem Abmangel von 178 345 R.M. Zur Deckung werden vorgesehen, eine Umlage auf die Ertragskataster von 25 Prozent mit 85 000 R.M., die Anteile aus den Reichssteuerüberweisungen mit 40 770 R.M. Der verbleibende Abmangel mit 52 575 R.M. ist durch einen Zuschuß aus dem Ausgleichsstock und durch einen Staatsbeitrag zur Lehrerbesoldung auszugleichen.

Das Straßen- und Wasserbauamt Calw ist zur Zeit mit den Vorarbeiten für den Umbau der Staatsstraße Herrenalb—Dobel beschäftigt. Aus Zweckmäßigkeitsgründen ergeht an das Bauamt Calw das Ersuchen, gleichzeitig Plan und Kostenanschlag aufzustellen für den Umbau der hiesigen Etterstrecke im Zuge der vorgenannten Staatsstraße.

Die bei der Bad. Girozentrale aufgenommene Schuld von 150 000 R.M. wird wie folgt zur Verzinsung und Amortisierung aufgeteilt. 73 000 R.M. für Erwerb der Klostermühle, 13 000 R.M. für Erwerb des Wohnhauses auf der Viehhofsägmühle, 15 000 R.M. Anteil des städtischen Elektrizitätswerks für Wegfall der Stromlieferungsverpflichtung an die Viehhof- und Klostermühle, 18 000 R.M. Anteil der Kurverwaltung als Interessenbeitrag zur Beseitigung des lästigen Betriebs der Viehhofsägmühle, 31 000 R.M. für Straßenverbesserungen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Der Verkauf des Grasertrags der Schweizerwiese wird auf Samstag, 22. Juni, bestimmt.

Eine Reihe minderwichtiger Verwaltungssachen bildeten den Schluß der Sitzung.

Höfen a. Enz, 21. Juni. Gestern nachmittag wurde unser ältestes Gemeindemitglied beerdigt, Frau Mina Großmann, geb. Bodamer, Witwe des vor 17 Jahren verstorbenen Flößers Jonathan Großmann. Sie hätte im kommenden November ihr 90. Lebensjahr vollendet gehabt, war bis in die letzten Wochen verhältnismäßig rüstig und hat bis zur letzten öffentlichen Wahl gewissenhaft ihrer Wahlpflicht genügt. Die jetzige älteste Person in Höfen ist wieder eine Witwe, Frau Hahlweg, die im September ihren 84. Geburtstag feiern darf. Den Rekord bei den Männern hält Wilhelm Mettler, der im letzten Januar 83 Jahre hinter sich hatte.

Württemberg.

Stuttgart, 20. Juni. (Wechsel in der Landesgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei.) Generalsekretär Dr. A. Maerz, der Landesgeschäftsführer der Deutschen Volkspartei in Württemberg, wird seinen Posten in Bälde verlassen, um die Leitung der Pressestelle eines Industriekonzerns zu übernehmen. Dr. Maerz stand über 5 Jahre im Dienst der Partei. Der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei in Württemberg, Abg. Rath, hat dem scheidenden Generalsekretär für seine hervorragenden Dienste und für seine treue Hingabe den herzlichsten Dank der Deutschen Volkspartei in Württemberg ausgesprochen.

Heilbronn, 20. Juni. (Ausschluß.) Der kommunistische Landtagsabgeordnete Vollmer wurde aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossen.

Mehrstetten, OA. Münsingen, 20. Juni. (Eine Liebestragödie. — Im Tode vereint.) Zwei junge Leute, ein 27 Jahre alter Bürgerssohn und eine 19 Jahre alte Bürgerstochter, waren sich in Liebe zugetan. Ihrer ehelichen Verbindung standen Hindernisse im Wege. Sie glaubten daher, nur im gemeinsamen Tode eine Lösung ihrer Schicksalsfrage zu finden. Am Sonntag abend entfernten sich die Liebenden, sie gingen „auf den Berg", um nie wiederzukehren. Die beiden Toten wurden erst am Dienstag morgen aufgefunden. In seiner Hand war noch die abgeschossene Waffe verkrampft. Am Hut stak ein Zettel mit der Aufschrift: „Wir sind auf dem Berg".

Ilzelberg, OA. Heidenheim, 20. Juni. (Der Bienenschwarm im Kamin.) Ein Bienenschwarm, der am letzten Sonntag aus dem Stand eines hiesigen Bienenhalters seine Sommerreise antrat, suchte sich ausgerechnet des Rosenwirts neue Villa, die noch nicht bezogen ist, als Aufenthaltsort aus, wo sich die findige Wandergesellschaft im Kamin niederließ und sich heimisch einrichtete. Es wird dem Besitzer nicht leicht fallen, seine Ausreißer, die lustig zum Kaminloch aus- und einschwirren, zu den heimatlichen Penaten zurückzubringen.

Ingelfingen, OA. Künzelsau, 20. Juni. (Ein schwerer Junge.) Von der Lindauer Schutzmannschaft wurde der 19 Jahre alte Küfer Ludwig Rey von Ingelfingen wegen Einbruch und einer Reihe von Fahrraddiebstählen festgenommen. Rey ist ein reisender Verbrecher, der in der letzten Zeit auch in der Lindauer Gegend mehrere Fahrräder gestohlen hat. Er ist bereits zweimal aus dem Gefängnis ausgebrochen und ging zuletzt auf dem Transport in gefesseltem Zustand aus dem fahrenden Zug flüchtig.

Baden.

Pforzheim, 20. Juni. Die Pforzheimer Lichtspielbesitzer haben ihren sämtlichen Angestellten zum 1. Juli gekündigt, da sie außerstande sind, die Betriebe während der heißen Sommermonate, die einen außerordentlichen Rückgang der Besucherziffern mit sich bringen, offen zu halten. Die Spesen beim Betriebe eines Lichtspieltheaters sind infolge der ständig steigenden Ansprüche des Publikums von Jahr zu Jahr gestiegen. Als eine besonders schwerwiegende Belastung wurde die Lustbarkeitssteuer empfunden, die sich so auswirkte, daß den Lichtspieltheatern aus den Wintermonaten, in denen das Geschäft verhältnismäßig gut geht, keine Reserven für den Sommer blieben.

Weil a. Rh., 20. Juni. Am Mittwoch nachmittag hat die 22 Jahre alte Maria Kusmann von Heidelberg, die gegenwärtig in Basel in Stellung ist, bei Friedlingen ihr 3½ Jahre altes Kind in den Rhein geworfen. Das Kind ist ertrunken. Männer, die in der Nähe weilten, sahen das Mädchen mit dem Kind auf dem Arm am Rhein hin und her laufen und später wieder ohne das Kind zurückkommen. Sie schöpften Verdacht und hielten das Mädchen an. Darauf übergaben sie es der Polizei. Das Mädchen hat ihr Kind aus der Pflegestelle geholt und wollte es anscheinend irgendwo anders unterbringen. Es gab an, es habe das Kostgeld nicht mehr aufbringen können. Warum es die Fürsorge nicht angerufen hat, wird die nähere Untersuchung ergeben. Die Bergung der Kindsleiche war von vornherein aussichtslos.

Mannheim, 18. Juni. In den Vormittagsstunden des Montag ist im Alter von 75 Jahren die Aufsichtsratsvorsitzende der Nähmaschinenfabrik Pfaff A.G., Frl. Kommerzienrat Lina Pfaff, gestorben. Sie war die Tochter des Gründers des Unternehmens. Zu ihrem 70. Geburtstag wurde sie mit der Ehrenbürgerschaft der Stadt Kaiserslautern geehrt. Fräulein Lina Pfaff dürfte wohl der einzige weibliche Kommerzienrat in Deutschland gewesen sein.

Mannheim, 19. Juni. Im Jahre 1927 hatten der 46jährige verheiratete Kaufmann Ludwig Schäfer aus Ludwigshafen und der 31jährige verheiratete Kaufmann Paul Frank eine große Anzahl Müller mit einem gefälschten Kraftfuttermittel hereingelegt. Nach zweitägiger Verhandlung fällte das Gericht folgendes Urteil: Schäfer wegen 11 vollendeter und 2 versuchter Betrugshandlungen ein Jahr 6 Monate Gefängnis, Frank wegen 12 vollendeter und 2 versuchter Fälle 2 Jahre 2 Monate Gefängnis. Jäger wurde wegen Beihilfe und 3 Betrugsfällen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Der Streit um die Garnison. In Kempten liegen bereits die Pläne für die schmucken Gebäulichkeiten der neuen Kaserne zur Aufnahme der 2 Lindauer Kompagnien vor. Die Kaserne soll ihren Platz auf der Reichartschen Wiese finden; das in der Nähe befindliche Orangeriegebäude soll angeblich Offizierskasino werden. Nun wird aus zuverlässiger Quelle bekannt, daß die Stadt Lindau für 2 Millionen Mark sich verbürgt, wenn umgekehrt die Kemptener Garnison nach Lindau verlegt wird, selbstverständlich mit der Musik. Lindau soll sogar schon bestimmte Zusage für die Verlegung des Gebirgsjägerbataillons in seine Mauern besitzen. So kann das Frage- und Antwortspiel „Wer erhält die Garnison?" ruhig weitergehen.

Das geheimnisvolle Dunkel gelichtet. Das geheimnisvolle Verschwinden des seit August v. J. abgängigen Fabrikarbeiters Huber, das so viel Staub aufgewirbelt hat, ist nun aufgeklärt. Huber wurde am Sonntag am Horn von einem Sommergast an einem Baum hängend entdeckt. Der Körper war abgefallen, nur der Kopf hing noch am Strick.

Tod durch Starkstrom. Bei der pomerellischen Ueberlandzentrale Goddeck ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Von der neben dem Hause eines Werkmeisters errichteten Antenne hatte sich ein Draht gelöst, der auf die tieferliegende 220 Volt-Lichtleitung fiel und mit einem Ende auf die Erde hing. Als die Hausfrau kurz darauf in den Garten ging, berührte sie den herabhängenden Draht und wurde durch einen Schlag sofort getötet. Ihren Mann, der barfuß hinauslief, ereilte das gleiche Schicksal.

Wettschwindel mit Funkbetrieb. Die geheimnisvollen Funkstationen Unbekannter, meist im Dienst des Verbrechens, wie sie in Kriminalromanen geschildert werden, sind doch nicht so unmöglich, wie man meist anzunehmen geneigt ist. Sie werden benützt, und wenn es auch meist gelingt, derartige unerwünschte Sender schleunigst durch Funkpeilung festzustellen und unbrauchbar zu machen, so rutscht doch schon einmal einer durch. Einige Wettschwindler haben sich die Sache nutzbar gemacht. Die Berliner Kriminalpolizei konnte 3 von ihnen am Mittwoch dingfest machen, die recht modern ihre großangelegten Wettbetrügereien durchführten. Sie müssen mit einer internationalen Bande zusammengearbeitet haben, die noch nicht ermittelt ist. Bisher gelang es, festzustellen, daß die 3 Gelegenheit hatten, sich in regelmäßige Funksprüche oder auch in Telephonate von den Rennbahnen einzuschalten, die Ergebnisse abzuhören und dadurch neue Wetten in letzter Minute bei den Buchmachern abzuschließen, die nun immer erfolgreich waren. Als ihnen die Zeitdifferenz zu knapp wurde, griffen sie zu einem anderen Mittel. Sie errichteten gemeinsam mit den Komplizen im Ausland eine eigene Funkanlage, die besonders bei französischen Rennen benützt wurde. Ehe noch das offizielle Ergebnis verbreitet wurde, gaben sie geheime Sendungen vom Ort des Rennens ab nach Berlin. Diese wurden von einem der Verhafteten aufgenommen, dem zweiten mitgeteilt, der sich den Namen des Siegers auf eine Zeitung schrieb und damit in das Wettbüro ging. Dort wartete der Dritte. Ohne daß sich die beiden als zueinandergehörig zu erkennen gaben, konnte dieser letzte Kunde rasch beim Buchmacher sich die neuen Wetten buchen lassen. Auf diese Weise haben die 3 das deutsche Buchmachergewerbe mittelbar und die Renngemeinde im weiteren Sinne im Verlauf von 3 Jahren um mehr als 100 000 Mark geschädigt. Bei der Abrechnung kam wohl einer zu kurz oder fühlte sich betrogen, jedenfalls rächte er sich durch eine Anzeige bei der Polizei, die nun alle 3 festnehmen konnte.

Revision in einem Meineidsprozeß. Das Breslauer Schwurgericht verhandelte in der Strafsache gegen den Viehhändler Wilhelm Vogel aus Militsch, der vor Jahresfrist wegen Verleitung zum Meineid vom Schwurgericht in Oels zu einem Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt worden war. Das Reichsgericht hob nach erfolgter Revision das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Breslauer Schwurgericht. Nach Abschluß der umfangreichen Beweisaufnahme erklärte der Staatsanwalt, daß das Oelser Schwurgericht doch keinen Fehlspruch getan und beantragte wie damals erneut 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Das Gericht konnte sich jedoch von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugen und sprach ihn nach längerer Beratung frei.

Sträflinge auf dem Gefängnisdach. Eine Sensation, wie sie in London sich noch nie ereignet hat, bot am Dienstag die Flucht zweier Sträflinge aus dem großen Londoner Gefängnis in der Caledonienstraße. Zwei junge Burschen waren aus ihren Zellen geflohen, und es gelang ihnen trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung unentdeckt auf das Dach des Hauses zu gelangen. Von dort aus lockten sie durch Rufe und Winken eine große Menschenmenge an. Sie riefen herunter, daß man Zeitungsreporter rufen sollte, weil sie ihnen etwas zu sagen hätten. Sie hatten in der Tat nicht lange zu warten, als sich eine riesige Menschenmenge auf der Straße ansammelte, die bald jeden Verkehr unmöglich machte. Die beiden jungen Sträflinge begannen dann vom Dach des Gefängnisses herunter Reden zu halten und wilde Anklagen gegen die Gefängnisleitung zu erheben, die die Menge bald zu einem Ausbruch der Empörung aufreizte. Die Sträflinge, die aus unverständlichen Gründen immer wieder den sie verfolgenden Gefängniswärtern entkamen und an einem anderen Ort des Daches vor der Menge erscheinen konnten, hielten bis nach Mitternacht Reden an das Volk. Die ganze Angelegenheit wurde zu einer gewaltigen Demonstration, die noch nach Mitternacht andauerte.

Auch einzelne **Hosen** in lang, mit und ohne Umschlag, Breeches u. Knickerbocker aus nur tragfähigen Stoffen.

5.50, 6.75, 8.-, 11.-, 15.-, 18.-, 20.-, 25.- und höher.

Nur von **Globus** Pforzheim

Gelegenheitskäufe!

1 **neues eichenes Piano,** im Auftrag, mit 20% Rabatt
1 **neues schwarzes Piano,** im Auftrag, mit 20% Rabatt
1 **schwarzes, fast neues Piano,** sehr preiswert.
1 **palisander Piano,** 3 Jahre alt, weit unter Preis.
1 **älteres Piano,** zum Lernen, Mk. 300.—.
2 **Tafelklaviere,** à Mk. 100.— und Mk. 150.—.

Zahlungserleichterung.

Schmid & Buchwaldt,
Pianohaus,
Pforzheim.
Telefon 1613. — Poststraße 1. „Im Industriehaus".

Das Todesurteil.

Roman von Kurt Martin.

(Alle Rechte vorbehalten.)

Vertrieb: Literarisches Büro „Das neue Leben", Bayr. Gmain, Oberbayern.

66

„Wir wollen Mutter fragen, ob sie einverstanden ist! Und dann bald —."

Sie schmiegte den Blondkopf an seine Brust.

„Dann werden wir Mann und Frau."

„Ja, Irmingard, Mann und Frau!"

Frau Jutta kam, und Olga, die sich in ihrer Freude nicht zu fassen wußte.

„Nein, so ein Glück! — Nein, so ein Glück! — Jetzt hole ich aber eine Flasche Wein aus dem Keller! Unser Brautpaar muß doch gefeiert werden! — Nein, so ein Glück!"

Und sie eilte schon wieder davon.

Frau Jutta lächelte froh.

„Die gute Seele! Sie weiß sich gar nicht zu fassen vor Freude!"

Sie setzten sich wieder an den Tisch, auf dem noch die Zeitung lag mit der Botschaft, die ihnen Erlösung aus langer Not und Sorge brachte.

Reinhold sprach von dem Reiseplan, und Frau Jutta stimmte gern zu.

„Ja, einmal für ein paar Wochen fort! — Wir wollen schon morgen reisen!"

Fragend sah Reinhold seine Braut an.

„Und dann, wenn du mein liebes Weib bist, Irmingard, wenn wir heimkehren? — Wo soll unsere Heimat sein? Professor Fleck in Köln sprach mir von einem alten Freunde in Stettin, dem euch gewiß bekannten Professor Reuße."

„Der bekannte Operateur?"

„Ja. Professor Reuße will sich zur Ruhe setzen. — Wenn du willst, Irmingard, — Professor Fleck würde gern der Vermittler sein —, ich könnte noch ein Jahr in Reußes Klinik an der Seite des Professors arbeiten und dann die Klinik übernehmen. Ich weiß, daß mein Vater mich finanziell unterstützen würde, um den Kauf des großen Anwesens zu ermöglichen."

Irmingard zögerte.

„Und Plauen? Solltest du nicht nach Plauen?"

„Ich? — Nein! — Mein Vater denkt noch nicht daran, seine Praxis aufzugeben. Noch lange nicht! — Er wird mir beistimmen! — Und ich fände in Professor Reußes Klinik eine Stätte, einen Wirkungskreis, wie ich ihn ersehne."

„Ja, dann! — Ich geh ja mit dir, wohin du willst! — Nicht wahr, Muttchen, das darf ich doch?"

Frau Jutta sah voll Freude auf ihr Kind.

„Von Herzen gern, Irmingard! Wo auch eure Heimat sein wird, — ihr werdet glücklich sein! — Und was den Kauf der Klinik anbetrifft, Reinhold, — Irmingard wird keinen besseren Verwendungszweck für ihr Vermögen wissen, als es deinen Zielen zur Verfügung zu stellen."

Irmingard ergriff des Geliebten Hand.

„Ja, Reinhold, nimm all dies Geld, soweit es mir gehört! Es ist das Erbe Friedrich Jordans. Wir mieden dies Geld bis jetzt wie einen fluchbeladenen Schatz! Jetzt aber, da alle Welt des Vaters Unschuld weiß, jetzt dürfen wir auch dies Geld, das uns nach Friedrich Jordans Tode zufiel, verwenden. Nimm alles, schaffe uns die Heimat!"

Olga brachte den Wein, und als es golden in den Kelchen gleißte, hob Reinhold sein Glas.

„Dir, Ulrich Jordan, deinem Andenken sei dies Glas geweiht! Heute wissen es alle Menschen, daß du unschuldig starbst! Heut' bist du auferstanden aus Schmach und Untergang! — Dir, Ulrich Jordan!"

Als sie getrunken, sah Frau Jutta dankbar auf den Mann, der heute als ein Verzweifelter kam, und der nun froh und glücklich an Irmingards Seite saß.

„Wie würde Günther sich freuen, könnte er jetzt bei uns sitzen!"

„Ich habe auch ihm vorhin ein Telegramm gesandt, Mutter!"

Irmingard sprach sinnend.

„Ob Günther das kommen fühlte, was wir vorhin lasen? Er sprach so seltsam von Vater, so zuversichtlich von aller Rätsel Lösung!"

Frau Jutta las noch einmal, was da von dem geschrieben stand, der einst ihr ganzes Glück bedeutete, und den ein grauenvolles Schicksal von ihrer Seite riß. Sie schüttelte leis den Kopf.

„Und wenn der Mann doch die Wahrheit sagt? Wenn er wirklich das alles nur sah, wenn eine Frau — Mein Gott, wenn wieder nicht der Schuldige [illegible]

Reinhold ward ernst.

„Ich will noch heute an Günther schreiben. Wir müssen alles versuchen, auch noch die letzten Rätsel jener Nacht zu lösen. Ich ahne, wer die Frau ist, die Karl Krause in jener Nacht sah. — Mary Wilken. — Sie war in jener Nacht in Bad Elster, sie —"

Frau Jutta starrte ihn voller Entsetzen an.

„Sie! — Die meinen Adalbert in den Tod trieb! Sie, die sein junges Leben zugrunde richtete!"

„Ja, sie! — Bei ihr wird das letzte Geheimnis jener Mordnacht liegen!"

19.

Mary Wilken sprang aus dem Auto. Sie war erst gestern von ihrer amerikanischen Gastspielreise in Hamburg angekommen. Die ganze Nacht war sie gefahren, und jetzt war sie wieder in Leipzig!

Sie lief rasch die Treppen empor, stand vor ihrer Wohnung, öffnete, eilte hastig ins Zimmer. Suchend irrten ihre Augen umher. Mit einem kunstvoll gearbeiteten Schlüssel öffnete sie den Schreibtisch und atmete auf. Ohne abzulegen, riß sie Briefschaften und Mappen heraus.

Da war es! Sie hielt es krampfhaft an sich gepreßt! Das Tagebuch! —

— Närrin, die sie war, dies Buch einst zu führen! Närrin, dies Buch aufzuheben! —

Es klopfte. Sie schrak auf.

„Herein!"

Die Majorin Beven trat, Ueberraschung auf dem Antlitz, ein.

„Willkommen, Fräulein Wilken! — Je, so etwas! Ich erwartete Sie noch gar nicht. Sie haben Ihre Ankunft gar nicht gemeldet!"

Mary Wilken zwang sich, ruhig zu erscheinen. Sie legte Hut und Mantel ab.

„Es ist mir aber, als ob ich Ihnen geschrieben hätte."

„Ich habe wahrhaftig nichts erhalten! — Ist Ihnen denn die Reise gut bekommen? Ich habe immer die Berichte über Ihre Gastspielreise verfolgt. Sie haben ja in Amerika unerhörte Erfolge erzielt!"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 20. Juni. (Schlachtviehmarkt). Dem Donnerstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: Ochsen—, Bullen—, 40 Jungbullen, 58 Jungrinder (unverkauft: 5), 7 Kühe, 155 Kälber, 313 Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen—, Bullen a 52—54, (letzter Markt: 53—54), b 47—50 (48—51), Jungrinder a 60—62 (60—64), b 52—57 (unv.), c 45—49 (45—50), Kühe b 32—39 (unv.), c 21—30 (unv.), d 16—20 (unv.), Kälber b 79—82 (unv.), c 69—76 (unv.), d 55—65 (54—65), Schweine a fette über 300 Pfd. 84—85 (81—82), b vollfleischige von 240—300 Pfd. 84—86 (81—83), c von 200—240 Pfd. 86—87 (82—84), d 160—200 Pfd. 83—86 (80—82), Sauen 58—66 (54—65) Mark. Marktverlauf: Großvieh langsam, Kälber ruhig, Schweine mäßig belebt.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 20. Juni. Die Generalversammlung der Daimler-Benz brachte keine Aufklärung über die Verschmelzungspläne der Automobilindustrie.

Köln, 20. Juni. Das hiesige Schöffengericht verhandelte am Dienstag und Mittwoch gegen drei Personen, die wegen Zollhinterziehung und Zollhehlerei angeklagt waren. Die Angeklagten hatten seit dem Jahre 1926 in vielen Fällen unverzollten Tabak, Zigaretten, Schokolade und Kaffee über die holländische Grenze nach Deutschland eingeschmuggelt und in Köln abgesetzt. Die Schmuggler hatten sich außerdem wegen Hehlerei zu verantworten. Das Gericht verhängte insgesamt Geldstrafen in Höhe von sechs Millionen Mark. Die Höchststrafe erhielt eine Hehlerin mit 4,5 Millionen, der Hauptangeklagte, ein Monteur, wurde außer zu 1,25 Millionen Mark Geldstrafe zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Dresden, 20. Juni. Die heute im Landtag vorgenommene zweite Wahl für den Posten des sächsischen Ministerpräsidenten ist wiederum ergebnislos geblieben. Es wurden abgegeben 94 Stimmzettel, davon 12 weiße. Es haben erhalten: Fleißner (Soz.) 31, Bünger (D.Vp.) 7, Bünter (D.Vp.) 12, Kaiser (V.P.) 11, Eberle (Dn.) 9, Schreiber (Landvolkpartei) 5, Heldt (Alt-Soz.) 3, Dr. Apelt (Dem.) 4 Stimmen.

Chemnitz, 20. Juni. Gegen den am 18. Mai ds. Js. unter dem Verdacht der Brandstiftung verhafteten Strumpffabrikanten Böhmer aus Krumhermersdorf im Erzgebirge ist jetzt ein Verfahren wegen Verdachts des Mordes, begangen an seiner Schwiegermutter, der Fabrikdirektors-Witwe Salzer (Schubert & Salzer, Chemnitz) eingeleitet worden. In diesem Verfahren wurde die angeblich Ermordete ausgegraben und seziert. Da Böhmer beschuldigt wird, der Getöteten Gift beigebracht zu haben, werden umfangreiche chemische Untersuchungen zur Klärung des Sachverhalts angestellt. Wie weit sich Mordverdacht bestätigen wird, bleibt abzuwarten.

Berlin, 20. Juni. Nach einer „Vorwärts"-Meldung aus Moskau über Kowno hat die deutsche Abordnung in der Komintern einen Antrag auf Ausschluß Frau Klara Zetkins aus der Komintern und der Gewerkschaftsinternationale gestellt.

Berlin, 20. Juni. Reichsaußenminister Dr. Stresemann traf heute abend, von Paris kommend, in Begleitung des Staatssekretärs Dr. v. Schubert und Dr. Pünder, sowie von anderen Herren der Delegation zu der Madrider Ratstagung wieder in Berlin ein.

Berlin, 20. Juni. Wie die „V. J." berichtet, wurden heute vormittag die Beratungen des Sachverständigenausschusses für die Getreidemonopolisierung fortgesetzt. Die Bestrebungen gehen dahin, wenigstens für die Dauer eines Jahres ein solches Monopol zu schaffen. Der Reichsernährungsminister Dr. Dietrich sei dagegen; ebenso haben sich schon gestern verschiedene Abgeordnete, u. a. der Demokrat Abgeordneter Oskar Meyer, Graf Stolberg-Wernigerode von der Deutschen Volkspartei und auch Vertreter des Zentrums dagegen ausgesprochen.

Berlin, 20. Juni. Am Samstag wird im Reichstag die Reparationsdebatte stattfinden, wozu Finanzminister Hilferding und Außenminister Dr. Stresemann sprechen werden.

Berlin, 20. Juni. Der Auslandskredit des Reiches ist zum Abschluß gelangt. Es handelt sich bekanntlich um 50 Millionen Dollar. Verzinsung und Laufzeit sind noch nicht bekannt. Als Geldgeber sind, wie verlautet, hauptsächlich die amerikanischen Firmen Dillon Read & Co., sowie Harris Forber beteiligt. Das deutsche Konsortium, das den Kredit vermittelt hat, besteht nach den Mitteilungen aus der Deutschen Bank, der Reichskreditgesellschaft und Mendelssohn & Co. Berlin.

Stolp, 20. Juni. Im 11 000 Morgen großen Ponicheler Park im Kreise Rummelsburg wütet seit den ersten Nachmittagsstunden ein Riesenwaldbrand, der sich infolge der Trockenheit mit rasender Schnelligkeit ausbreitet. Nach den bisherigen Schätzungen stehen über 6000 Morgen Wald in Flammen, ohne daß die Möglichkeit besteht, dem Feuer Einhalt zu gebieten. Die an Ort und Stelle anwesenden Feuerwehren aus den umliegenden Ortschaften müssen sich auf den Schutz der Dörfer beschränken. Das Dorf Neuhof bei Tredlin war zeitweise in größter Gefahr. Der Brand, der sich auch auf die benachbarten Forsten auszudehnen scheint, ist weithin sichtbar.

Paris, 20. Juni. In französischen Kreisen wird der Gedanke an die Rheinlandräumung nicht sehr angenehm empfunden. Man sucht nach neuen Vorwänden. Der Generalstab soll ein Gutachten über die Räumungsfrage abgeben.

Paris, 20. Juni. Dem „Matin" wird aus Rabat berichtet: In der Nacht zum 19. Juni stachen Eingeborene Aufständische einen Teil der befestigten marokkanischen Oase Ait Jacub in Brand. Die französische Entsatzabteilung unter dem Befehl des Generals Nieger erreichte Ait Jacub am darauffolgenden Nachmittag und schlug die Aufständischen in die Flucht. Die Franzosen erlitten nur leichte Verluste. Die Aufständischen zogen sich nach Nordwesten zurück.

New-York, 20. Juni. Die neuen Einwanderungsquoten, die ab 1. Juli gültig sind, wurden gestern offiziell verkündet. Nach der Aufstellung werden künftig folgende Einwanderer zugelassen: Oesterreich 1413, Belgien 1304, Tschecho-Slowakei 2874, Frankreich 3086, Deutschland 25 957, Großbritannien und Nordirland 65 751, Freistaat Irland 17 853, Italien 5802, Polen 6524 und Rußland 2784.

Bombay, 20. Juni. Zahlreiche Ortschaften in den von der Ueberschwemmung heimgesuchten Bezirken der Provinz Assam stehen unter Wasser und ihre Bewohner, die ihr Besitztum und ihr Vieh im Stich gelassen und sich geflüchtet haben, leiden vor Hunger. Die Lage ist durch den Ausbruch einer Cholera-Epidemie noch trostloser geworden.

Beratung des Innenetats.

Stuttgart, 20. Juni. In der heutigen Landtagssitzung wurde zunächst in allen 3 Lesungen ohne weitere Debatte der Notetat, der die Regierung zur Forterhebung der bestehenden Abgaben bis 31. Juli 1929 ermächtigt, verabschiedet. Sodann wurde die Beratung des Etats der Innenverwaltung bei Kap. 15 (Staatliche Polizei) fortgesetzt. Der Abg. Bausch (C. V.D.) wendet sich wie gestern schon der Abg. Dr. Haim gegen das Ueberhandnehmen von Schmutz und Schund. Einem solchen Mißbrauch der Freiheit des Einzelnen müsse ein Halt geboten werden. Hierzu erklärte Abg. Winker (Soz.), daß polizeiliche Maßnahmen gar nichts nützen, eher noch eine Reklame bedeuten. Von weiteren Rednern wurden dann zahlreiche Einzelwünsche vorgebracht. So wünschte der Abg. Wörnwag (B.B.) mehr Rücksicht von den Autofahrern auf der Landstraße, der Abg. Joh. Fischer (Dem.) einen Abbau der vielen veralteten Polizeiverordnungen, der Abg. Dr. Hölscher (W.P.) eine Erschwerung der Einbürgerung von Ostjuden, der Abg. Heymann (Soz.) eine Erleichterung der Feuerbestattung und der Abg. Schneck (Komm.) eine sofortige Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbunds. Staatspräsident Dr. Bolz betonte die Notwendigkeit, die Zahl der Schutzpolizisten mindestens auf der Höhe zu belassen, die uns der Versailler Vertrag noch zugestanden hat. Die Polizeikosten der Städte könnten unmöglich ermäßigt werden. Ohne Nachrichten- und Spitzeldienst könne eine Polizei überhaupt nicht existieren. Schmutz und Schund werden nachdrücklich bekämpft. Zu wünschen wäre aber, daß die Oeffentlichkeit die Polizeibeamten in diesem Kampf mehr unterstützt. Wichtiger als die Freiheit von Kunst und Literatur ist uns die Sorge für die Jugend. Ohne größere Debatte wurden die Kap. 19 bis 22 (Landjägerkorps, Staats- und Privatirrenanstalten) erledigt. Zu Kap. 23 (Gesundheitswesen) liegen Eingaben des überparteilichen Frauenverbandes und des Evang. Volksbundes betr. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vor. Ministerialrat Dr. Scheurlen gab einen Ueberblick über den Gesundheitszustand in Württemberg, den er als befriedigend bezeichnete. Der Abg. Bausch (C. V.D.) stellte den Antrag auf getrenntes Baden der Geschlechter an mindestens 2 Wochentagen. Die Abg. Frau Rist (Ztr.) verlangte Unterbindung des wilden Badens in den Flüssen. Der sozialdemokratische Abg. Rais erklärte gegenüber diesen Ausführungen, daß das Familienbad ein Fortschritt zum Natürlichen, zum Paradies hin sei. Staatspräsident Dr. Bolz stimmte dem Antrag des Christl. Volksdienstes zu. Auf die Privatbadeanstalten habe die Regierung keinen Einfluß. Bei der Ausführung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten habe die Praxis erwiesen, daß es ohne polizeilichen Zwang nicht gehe. Kap. 24 (Veterinärwesen) und Kap. 25 (Landeshebammenschule) werden nach kurzer Debatte erledigt. Als letztes Kapitel des Etats der Innenverwaltung wurde dann Kap. 28 (Oeffentliche Fürsorge) beraten. Hierzu lagen zahlreiche Ausschußanträge vor betr. Behebung der in der öffentlichen Fürsorgeerziehung zutage getretenen Mißstände. Nächste Sitzung Freitag Mittag.

Schiedsspruch im Ruhrbergbau.

Essen, 20. Juni. Die Schlichtungskammer fällte Donnerstag nachmittag einen Schiedsspruch über Rahmentarif und Arbeitszeit im Ruhrbergbau. Der Schiedsspruch erhält durch das Mehrarbeitszeitabkommen die heutige Arbeitszeit für 8 Stunden unter Tage, sowie die entsprechenden Arbeitszeiten über Tage und den heutigen Mindestlohn für Gedingearbeiter aufrecht. In der Urlaubsfrage ist eine Erhöhung des Urlaubs um einen Tag für die höheren Dienstaltersstufen, sowie für die 15- und 16jährigen festgesetzt und ein viertägiger Urlaub für die 14jährigen neu eingeführt worden. Rahmentarif und Mehrarbeitszeitabkommen soll bis zum 30. November 1930 gelten. Es sind längere Kündigungsfristen vorgesehen. Die Parteien müssen sich bis Montag, 24. Juni, über Annahme oder Ablehnung entscheiden. Die Nachverhandlungen vor der Verbindlichkeitserklärung dürften Mitte nächster Woche in Berlin stattfinden.

Die Steuernovellen verabschiedet.

Berlin, 20. Juni. Auch Reichsfinanzminister Hilferding hat nun seinen Etat bewilligt bekommen. Zugleich ist das von den Deutschnationalen gegen ihn eingebrachte Mißtrauensvotum abgelehnt worden. Herr Hilferding wird aber nach dem Verlauf der Debatte sich wohl nicht im Zweifel darüber befinden, daß auch innerhalb der Regierungsparteien — von seinen Parteigenossen, den Sozialdemokraten, natürlich abgesehen — man über seine blutleere Finanzpolitik nicht gerade entzückt ist. Wenn man ihn dennoch mit Glacéhandschuhen angefaßt hat, so doch wohl nur aus dem Grunde, weil man zu den vielen Schwierigkeiten in diesen Hundstagen nicht eine neue Komplikation heraufbeschwören wollte, die womöglich eine Kabinettskrise nach sich ziehen könnte. Man hat ihm also gewissermaßen noch eine Bewährungsfrist bis zum Herbst zugestanden. Die 3 Novellen zum Einkommen-, Vermögens- und Wechselsteuergesetz, die ja einen Teil des Finanzprogramms bilden, verabschiedete der Reichstag gleichzeitig auch in dritter Lesung. Eingehende Erörterungen wurden noch an das Haushaltsgesetz geknüpft. Der Zentrumsabgeordnete Köhler redete einschneidenden Reformen das Wort. Vor allem befürwortete er eine bessere Kontrolle über die Ausführung des Etats. Demokraten und Sozialdemokraten sprachen sich für das Betorecht des Finanzministers aus, während der Abg. Cremer die volksparteilichen Anträge zur Umgestaltung des Etatsrechts empfahl. Der reichlich primitive Vorschlag der Wirtschaftspartei, summarisch 10 Prozent an sämtlichen Etats zu kürzen, fand im Hause keine Gegenliebe. Das Haushaltsgesetz wurde schließlich in der Ausschußfassung angenommen. Es enthält, um Vorgänge, wie man sie bei der Lohmann-Affäre erlebte, zu verhindern, u. a. auch eine neue Bestimmung, nach der Verträge, die das Reich um Summen über eine Million belasten, nur vom Leiter der zuständigen Behörde oder seinem ständigen Stellvertreter abgeschlossen werden können. Angenommen wurde auch die Entschließung auf Prüfung der Frage einer Besteuerung der öffentlichen Betriebe und auf Herausgabe einer Regierungsdenkschrift über die Offenlegung der Steuerlisten.

Kahls Dank im Strafrechtsausschuß.

Berlin, 20. Juni. Der Strafrechtsausschuß des Reichstags setzte heute die Besprechung des Abschnitts „Körperverletzung" fort. Vorsitzender Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) eröffnete die Sitzung mit herzlichen Dankesworten für die Adresse und die Hortensien, die ihm der Ausschuß zu seinem Geburtstag übersandt habe, die er aber nicht als Ausdruck seines Verdienstes, sondern nur des Wohlwollens, der Güte, der Geduld und des Vertrauens der Mitglieder des Ausschusses betrachten dürfe. Die letzten Tage hätten ihn beinahe aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht. Das Hauptmittel dagegen sei, wieder durch nüchterne Arbeit zum nüchternen Leben zu kommen. Er bitte deshalb, gleich in die Tagesordnung eintreten zu dürfen. (Lebh. Beifall.)

Landwirtschaftliche Einheitssteuer.

Berlin, 20. Juni. Der Reichsfinanzminister hat eine Kommission zur eingehenden Prüfung der Frage ernannt, ob die gegenwärtig auf der Landwirtschaft ruhenden Steuern durch eine Einheitssteuer ersetzt werden können, da das jetzige System der einzelnen Steuervergünstigungen bei der weitgehenden Unrentabilität der einzelnen Betriebe keine wesentliche finanzielle Hilfe bedeutet. Dieser Kommission, die am 25. Juni zum erstenmal zusammentreten soll, gehören Vertreter des Reichstags, der Landwirtschaft und der Wissenschaft an, u. a. Dr. Hermes, Dr. Brandes, Dr. Fehr und Dr. Horlacher.

Protest wegen der Arbeitslosen-Versicherung.

Berlin, 20. Juni. In dem Brief, den der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags in Uebereinstimmung mit der Bayerischen Volkspartei an den Reichskanzler Müller gerichtet hat und dessen Abschrift auch dem Reichsarbeitsminister Wissell übermittelt worden ist, wird gegen das selbständige Vorgehen einzelner Regierungsparteien Verwahrung eingelegt und dabei verwiesen auf die bei der Regierungsbildung eingegangenen koalitionsmäßigen Verpflichtungen. In dem Schreiben heißt es dann: „Die Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei haben in den interfraktionellen Besprechungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch sie eine Teillösung der Arbeitslosenversicherung noch vor Schluß der jetzigen Sitzungsperiode des Reichstags verlangen. Sie haben alles getan, um eine solche möglich zu machen. Die Verhandlungen haben aber ergeben, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn innerhalb der die Regierung stützenden Parteien eine Verständigung über das erweiterte „Sofort-Programm" erzielt wird. Wir beantragen hiermit ergebenst, unverzüglich eine Besprechung der Fraktionsführer unter Hinzuziehung der sozial-politischen Sachverständigen der Fraktionen einzuberufen mit dem Ziel, den Weg zu einem gemeinsamen Vorgehen der Regierungsparteien in der Arbeitslosenversicherungsfrage noch vor der Sommerpause des Reichstags zu finden. Unsere Fraktionen würden auch bereit sein, notfalls zur Erledigung dieser Aufgabe über den beabsichtigten Schlußtermin hinaus zu tagen."

Die Industrie zum landwirtschaftlichen Notprogramm.

Berlin, 21. Juni. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat in seiner heutigen Sitzung im Reichswirtschaftsrat zu dem Notprogramm der Landwirtschaft in einer Entschließung Stellung genommen, die folgende Punkte enthält: **1. Die Industrie erkennt die schwere Notlage der Landwirtschaft an. Alle Mittel, die mit den Interessen der Gesamtwirtschaft zu vereinbaren sind, müssen angewandt werden, um die Rentabilität der Landwirtschaft wieder herzustellen. 2. Die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität muß auf Wegen gesucht werden, die den Bestand und die Erweiterung unserer Ausfuhr nicht gefährden. 3. Wenn der Reichsverband der deutschen Industrie eine grundlegende Aenderung der Zollpolitik nicht befürworten kann, so hält er doch zur Abwehr von Krisenzuständen eine ausreichende Zollerhöhung für Getreide unentbehrlich. Auch einer Angleichung der Viehzölle an die Fleischzölle kann er grundsätzlich zustimmen. Höhere Zölle für Molkereierzeugnisse könnten nur unter der Voraussetzung in Betracht kommen, daß sich unsere Handelsbeziehungen zu den bisherigen Einfuhrländern nicht ernstlich gefährden. Sollte durch die notwendige Zollerhöhung eine Verteuerung der Lebenshaltung eintreten, so hält diese sich nach sorgfältigen Berechnungen in einer Höhe, daß die in Anbetracht der Größe des Zieles von den anderen Bevölkerungskreisen hingenommen werden muß. 4. Daneben sollte eine Senkung der landwirtschaftlichen Selbstkosten durch Steuererleichterungen und Zinsbeihilfen umgehend durchgeführt werden. 5. Die vorgeschlagenen Notmaßnahmen können von der Industrie nur dann befürwortet werden, wenn alle zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft wirksamen Mittel angewandt werden. Hierbei ist auf die Hebung der Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und eine Verbesserung der Absatzorganisation, ferner auf die Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens und die Pflege der wissenschaftlichen Forschung das Hauptgewicht zu legen. 6. Eine öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Produkte ist abzulehnen, weil sie notwendig zu ständigen behördlichen und parlamentarischen Eingriffen in die Wirtschaft und schließlich zur Zwangswirtschaft führt.**

Die Industrie zum Young-Plan.

Berlin, 20. Juni. Präsidium und Vorstand des Reichsverbands der Deutschen Industrie sind in ihren von Geh.-Rat Dr. Duisberg geleiteten Sitzungen am 19. und 20. Juni nach eingehender Aussprache über das Ergebnis der Pariser Reparationsverhandlung einstimmig zu folgender Stellungnahme gelangt: **„Der Reichsverband der Deutschen Industrie spricht den Mitgliedern der deutschen Delegation für ihre im Interesse des deutschen Volkes geleistete Arbeit seinen Dank und seine Anerkennung aus. Er ist überzeugt, daß jeder der Sachverständigen nach bestem Wissen und Gewissen bestrebt gewesen ist, das nach Lage der Verhältnisse günstigste Ergebnis für die Zukunft des deutschen Volkes zu erreichen, und er versteht durchaus, daß Herr Dr. Vögler aus der wirtschaftlichen Beurteilung der Lage sich zur Erklärung seines Rücktrittes veranlaßt gesehen hat. Bezüglich der wirtschaftlichen Bedeutung des Young-Planes steht der Reichsverband auf demselben Boden seiner Stellungnahme zu den Leistungen auf Grund des Dawesplanes. Damals, im Jahre 1924, hat der Reichsverband erklärt, daß die auferlegten Lasten die Leistungsfähigkeit Deutschlands erheblich übersteigen. Die Art und Weise der Aufbringung der Dawes-Zahlungen gibt keinen Anlaß, diese Ansicht zu ändern. In Uebereinstimmung mit den deutschen Sachverständigen ist der Reichsverband der Ansicht, daß auch der Youngplan dem deutschen Volke für eine lange Reihe von Jahren Lasten aufbürdet, die über die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinausgehen. Wie aus dem Pariser Gutachten hervorgeht, hat der Sachverständigenausschuß sich wesentlich von politischen Gesichtspunkten leiten lassen. Aus diesem Grund behält sich der Reichsverband seine endgültige Stellungnahme bis zur Entscheidung der berufenen politischen Instanzen über Annahme oder Ablehnung des Planes vor."**

Tiroler Kundgebung an Macdonald.

In Innsbruck fand unter äußerst starker Beteiligung der Bevölkerung aus allen Parteien eine große Kundgebung statt, in der gegen die faschistische Gewaltherrschaft in Südtirol Einspruch erhoben wurde. Es wurde beschlossen, an den englischen Ministerpräsidenten Macdonald folgendes Telegramm zu senden: „Das Volk von Tirol drückt Ihnen seine große Freude und seinen herzlichen Dank für ihre Aeußerungen zu der brennenden Minderheitenfrage, besonders hinsichtlich der unterdrückten Deutschen in Südtirol, aus und bittet Sie um weitere Förderung des Gedankens nationaler Duldung und Befriedung."

Ein amerikanischer Bericht über die deutsche Wirtschaftslage.

Newyork, 20. Juni. „Associated Preß" meldet aus Washington: Der Bericht des amerikanischen Handelsattaches in Berlin, Allport, an das Handelsamt erklärt, daß sich im Gegensatz zu den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie in Deutschland Ende April herrschten, die Aussichten zurzeit merklich gebessert hätten. Der erfolgreiche Ausgang der Reparationsverhandlungen in Paris habe wesentlich zur Wiederherstellung des Vertrauens beigetragen, das das Haupthindernis auf dem Wege der weiteren Entwicklung war. Die gegenwärtigen günstigen Aussichten einer Besserung der Lage der deutschen Industrie spiegelten sich in dem hohen Niveau der Kohlen- und Stahlproduktion, im regen Güterwagenverkehr, in der Rekordausfuhr von Fertigfabrikaten und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit wieder.

Zum sparsamen, tropfenweisen Gebrauch von Maggi's Würze dient bekanntlich der kleine Spritzkorken (Würzesparer) auf dem Maggi-Fläschchen. Sollte dieser einmal, was ja vorkommen kann, verstopft sein, so spülle man ihn einfach mit heißem Wasser durch, und im Augenblick ist er wieder gebrauchsfertig.

Württemb. Schwarzwald-Verein
Ortsgruppe Schwann.
Der Verein hält am **Sonntag den 23. Juni 1929** sein diesjähriges
Waldfest
ab, wozu Nachbarvereine und Gönner der Sache freundlichst einladet **der Ausschuß.**
Abends Tanz-Musik im **Lokal („Ochsen").**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Bekanntmachung

betreffend die hinteren Leuchtzeichen der Kraft- und Fahrräder.

Nach der Bekanntmachung des Innenministeriums über die hinteren Leuchtzeichen der zweirädrigen Kraft- und Kleinkrafträder, sowie der Fahrräder vom 12. Juni 1929 — Staatsanzeiger Nr. 137 von 1929 — **muß jedes Rad** (Kraftrad, Kleinkraftrad, Fahrrad) **ab 1. Juli 1929 bei Dunkelheit** oder bei starkem Nebel **mit einem hinteren Leuchtzeichen** — Schlußlicht oder Rückstrahler — **von gelbroter Farbe versehen sein.** Ein Rückstrahler muß ein Prüfzeichen einer amtlich anerkannnten Prüfstelle, sowie den Namen und Wohnort des Herstellers enthalten. Der Führer ist dafür verantwortlich, daß sich das hintere Leuchtzeichen in vorschriftsmäßigem Zustand befindet.

Die Ortspolizeibehörden werden angewiesen, für rechtzeitige Durchführung der neuen Vorschriften Sorge zu tragen.

Neuenbürg, den 17. Juni 1929.

Oberamt: Lempp.

Obst- und Gartenbau-Verein

Ortsgruppe Neuenbürg.

Familien-Ausflug

am **Sonntag den 30. Juni** zum **Besuch der Bad. Landw. Versuchsanstalt Augustenberg und Stadtgarten Karlsruhe.** Hierzu laden wir unsere Mitglieder und Freunde nebst Angehörigen höflichst ein. Abfahrt per Bahn morgens 5.38 Uhr Hauptbahnhof. Im Interesse einer guten Vorbereitung werden sämtliche Teilnehmer gebeten, sich bis **Mittwoch den 26. Juni** beim Vorstand oder Kassier Wilh. Schönthaler anzumelden. Näheres folgt.

Der Ausschuß.

Zur Birkenfelder Ortsvorsteherwahl.

Nach dem Ergebnis der Vorabstimmung zur Ortsvorsteherwahl konnte der Eindruck entstehen, als ob die Aussichten für unseren bisherigen Ortsvorsteher hoffnungslos wären. Diese Meinung dürfte jedoch keinesfalls zutreffen, obwohl die Begeisterung in der Bürgerversammlung für den Bewerber Neuhaus sehr groß war. **Jeder ernst denkende Bürger sollte sich eigentlich von einer Rede, wie sie Neuhaus bei der Bewerbervorstellung gehalten hat, nicht dermaßen beeinflussen lassen, daß man dadurch alle Vernunft verliert und ohne weitere Ueberlegung die Geschicke unserer Gemeinde in die Hand eines Mannes gibt, der wohl gute Zeugnisse besitzt, auch gute Reden halten kann, aber ob er auch in der Tat der Mann dazu sein wird, mit 27 Jahren einer Gemeinde wie Birkenfeld vorstehen zu können, das ist bestimmt eine andere Frage.** Bei Verlesung der Personalliste von Neuhaus muß es jedem aufmerksamen Zuhörer aufgefallen sein, **daß dieser junge Mann außer seiner dreijährigen Lehrzeit nur noch 1½ Jahre auf einem Rathaus tätig war, seine weitere Tätigkeit hat er auf Krankenkassen und Elektrizitätswerken zugebracht; dort war ihm keine Gelegenheit geboten, sich in die Geschäfte einer Gemeindeverwaltung einzuarbeiten. Glaubt nun jemand, daß alle die Kenntnisse, welche man von unserem hiesigen Ortsvorsteher verlangen muß, bei Neuhaus wirklich vorhanden sind? Mit so wenig Praxis in einer Gemeindeverwaltung gehört wirklich ein großer Mut dazu, eine Gemeinde wie Birkenfeld übernehmen zu wollen. Die Bürgerschaft soll sichs überlegen, ob man ein solches Experiment unternehmen will, es könnte unter Umständen für unsere Gemeinde von sehr großem Schaden sein.** Wie steht es nun anders mit unserem bisherigen Ortsvorsteher? Er hat sich uns in jahrelanger Tätigkeit als ein Mann gezeigt, welcher über reiches Wissen und Können verfügt. Ein lauterer Charakter, der es verstanden hat, unter möglichster Schonung der Steuerzahler unsere Gemeinde fortschrittlich zu gestalten. Gewiß mag es auch vorgekommen sein, daß es nicht immer nach Wunsch und Willen jedes einzelnen Bürgers gegangen ist, aber deshalb darf man doch nicht gleich das Kind mit dem Bad ausschütten, ein anderer Ortsvorsteher wird auch nicht jedermann befriedigen können. **Gerade die Erwerbslosen sollten sich hier etwas erkenntlicher zeigen, denn für sie hat er schon an manche Türe angeklopft, um ihnen Arbeit und Brot zu verschaffen. Viele tausende von Mark sind unserer Gemeinde durch seine Tätigkeit schon zugeflossen, sei es durch Notstandsarbeiten, Baukredite, Darlehen von der Landesversicherung oder dem Ausgleichstock. Für die Arbeiterschaft hat er stets ein offenes Herz gezeigt, deshalb kann und darf sich diese nicht gegen ihn einstellen. Auch die Sportwelt hat in ihm allezeit einen guten Befürworter gehabt.** Man muß sich wundern, wie so viele gegen ihn Sturm laufen, ohne daß sie auch wirklich einen Grund dazu haben. Nun aber noch eine Frage, wenn jemand Arbeiter ist und hat 10 Jahre lang bei einem Unternehmer seine ganze Arbeitskraft in dessen Dienst gestellt und wird dann grundlos auf die Straße geworfen, so empfindet man dieses als ein bitteres Unrecht. Wie stünde es nun bei Herrn Fazler, wenn man ihn ebenso grundlos preisgeben würde. Ein altes Sprichwort sagt, „was du nicht willst, das man dir tu', das füg auch keinem andern zu". Man soll sich deshalb **nicht von blindem Haß leiten lassen,** sonst würde man selbst noch grausamer sein. **Also, Bürger, Ruhe bewahren, überlegen, was in vorstehenden Zeilen geschrieben steht, dann kann Euch die Wahl nicht schwer fallen.**

Ein Arbeiter.

Heimatspiele Pforzheim

auf dem Wartberg.

Die vierhundert Pforzheimer

Beginn der diesjährigen Spielzeit am Pfingstsonntag, den 19. Mai. Die Vorstellungen sind, jeden Sonn- und Feiertag, nachmittags ½3 Uhr, statt. Zur Aufführung gelang. abwechselnd:

Die 400 Pforzheimer

Schauspiel von O. Eichrodt.

Der Richter v. Zalamea

Schauspiel von Calderon de la Barca.

Die Spielleitung.

---

verordnet bei Nierenleiden, Verdauungsstörungen für Bluterneuerung

Imnauer Apollo-Sprudel

Remstal-Sprudel

Teinacher Hirschquelle-Sprudel

Vertretung: Heinrich Müller, Mineralwasserfabrik, Neuenbürg; Ernst Buchter, Limonade und Mineralwasser, Neuenbürg; Fritz Wurster, Mineralwasser, Calmbach, Telef. 183 Wildbad; Ernst Höll, Mineralwasser, Pfinzweiler; Carl Tubach, Mineralwasser, Wildbad, Telefon 62.

Lebensmittel-Haus

Ernst Lindemann

Telefon 191 **Neuenbürg** Telefon 191

Der Umbau

meines Ladenlokales ist beendet, es ist mir durch die Vergrößerung die Möglichkeit geworden, meiner sehr geschätzten Kundschaft den Einkauf leichter und angenehmer zu gestalten. Durch Errichtung eines neuen Kühlraumes biete ich gerade jetzt in der heißen Zeit stets die Gewähr tadelloser **Frische der Delikatessen, Butter, Käse, Fleisch- und Wurstwaren.**

Die Zufriedenheit

meiner Kundschaft mir zu erringen, wird immer mein Bestreben bleiben, ich werde auch fernerhin alles daran setzen, meiner werten Kundschaft durch **sorgfältige, reelle** und **preiswerte Bedienung** mit nur **erstklassigen Qualitätswaren** alle denkbaren Vorteile zu bieten. Für das mir bisher erwiesene Vertrauen und Wohlwollen danke ich verbindlichst und bitte, mir dieses auch in Zukunft bewahren zu wollen.

Hochachtungsvoll

Ernst Lindemann.

NB. Auf sämtliche Lebensmittel gewähre ich **5 Prozent Rabatt.** Wirte und Händler erhalten Vorzugspreise!

Turn-Verein Langenalb.

Deutsche Turnerschaft. 10. Kreis.
Karlsruher Turngau.

Einladung

zum 25jährigen Jubiläum verbunden mit Fahnenweihe und Bezirks-Vorturnen des Albtalbezirks am 22., 23. und 24. Juni 1929.

Mit deutschem Turnergruß

Turnverein Langenalb.

Der Festausschuß: W. Dietz.

Fest-Ordnung.

Samstag den 22. Juni 1929:

Abends 8 Uhr: Festbankett mit Weihe der neuen Fahne im Lokal Gasthaus zum „Adler".

Sonntag den 23. Juni 1929:

Morgens	6	Uhr:	Wecken.
"	½8	"	Kirchgang.
"	½10	"	Beginn des Turnens.
Mittags	12	"	Mittagessen.
"	1	"	Aufstellung zum Festzug, anschließend allgemeine Freiübung.
"	½3	"	Vereinsturnen.
Abends	½7	"	Verkündigung der Wertung.
"	8	"	Festball.

Montag den 24. Juni 1929:

Allgemeine Volksbelustigung auf dem Festplatz mit Konzert.

Oberlengenhardt.

Am **Sonntag den 23. Juni 1929** findet im **Gasthaus zum „Ochsen"**

Tanz-Unterhaltung

statt, wozu höflichst einladet

Radfahrer-Verein „Frisch auf".

Stadtpflege Neuenbürg.

Kirschen-Verkauf

morgen abend 7 Uhr gegen Barzahlung. Treffpunkt beim Bezirks-Krankenhaus.

Stadtpfleger Essich.

Turnverein Neuenbürg.

Abfahrt der Teilnehmer am Gauturnfest in Haiterbach **Sonntag morgen um 4 Uhr** vom Stadtbahnhof aus. Vereinsabzeichen mitnehmen.

Gräffeltal.

Sonntag den 23. Juni, nachmittags 3 Uhr,

großes Konzert

der gesamten Harmoniekapelle d. Musikvereins Neuenbürg. Leitung Kapellmstr. A. Herzog. Es ladet freundlichst ein

Familie Weik.

Klavier (Piano)

gut erhalten, mahagonifarbig, günstig zu verkaufen in Wohnung **St. Georgenstraße 2, bei Schöttle, Pforzheim, Rheinischer Hof.**

Im Kriegsdienste

habe ich mir ein hochgradiges Ischiasleiden und Rheumatismus zugezogen. Alle Arten Haus- und Badekuren blieben erfolglos. Schon die erste große Flasche

Wallwurzfluid

brachte mir derart Linderung, daß ich nach 8tägiger Kur schon ohne Stock gehen konnte. Diese Wirkung habe ich einzig dem Wallwurzfluid zu verdanken; nächst Gott danke ich Ihnen für Ihr ausgezeichnetes Mittel und daß ich wieder arbeitsfähig wurde.

Konstanz, 2. 1. 27. R. T.

Große Flasche	Mk. 2.—
3fache Sparpackung	Mk. 5.—
Spezial doppelstark	Mk. 3.—

Zu haben:

In den Apotheken zu Neuenbürg, Herrenalb und Schömberg.

Herr Wirt! Wo stelle ich meinen neuen Wagen unter?

Billige Einstell-Hallen

zum Schutze gegen Hitze, Feuer, Diebstahl liefert prompt und solid

Ernst Kröner, Calmbach, Telephon 24 Amt Wildbad.

Herrenalb.

Wir verkaufen **nächsten Samstag, abends 7 Uhr,** noch 2—3 Morgen

Heu- und Oehmd-Gras.

Karl Seufer, K.G.

Birkenfeld.

Heugras

hat zu verkaufen

Kienzle, Mühlweg 17.

Photo: Stadelmann Birkenfeld Atelier.

Birkenfeld.

Zwei

Gluckhennen

mit je 12 Küchen (schw. Ital.) zu verkaufen

Bahnhofstraße 15.

Alt Malrot

erhalten auch die Spitzen, gesunde und farbenprächtige Topfpflanzen. Dose 50 Pf. und M. 1.— in Drogerien, Apotheken, Blumen- und Samenhandlungen

---

Möbel gut u. billig:

Ganze Schlafzimmer, kompl. Betten, 1- und 2 tür. Schränke, Büfetts, Vertikos, Bücherschrank, weißer Spiegelschrank, Kommoden, Küchenbüfetts, Tische, Stühle, Sofa, Chaiselongue, Matratzen, Röste, Federbetten usw. kaufen Sie bei:

Möbelhandlung Schöttle, An- und Verkaufsgeschäft, **Pforzheim,** Theaterstr. 10.

Sp. Traubensaft

zur Herstellung von

Haustrunk

ist eingetroffen.

Friedr. Knöller, Höfen. Tel. 13.